

DIE LINKE. Fraktion

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1488/2008**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 15.01.2008

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Michael Janitzki, Die Linke.Fraktion

| Beratungsfolge | Termin | Zuständigkeit |
|---|------------|-------------------|
| Magistrat | 21.01.2008 | Zur Kenntnisnahme |
| Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss | 28.01.2008 | Beratung |
| Stadtverordnetenversammlung | 07.02.2008 | Entscheidung |

Betreff:
ZAUG gGmbH
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.01.2008 -

Antrag:

1. Magistrat wird aufgefordert, folgende Schritte zu einem stärkeren finanziellen Engagement der Stadt Gießen bei der Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen gGmbH (ZAUG) zu unternehmen:
 - a) Die jährlichen Zuschüsse an ZAUG werden um 230 000 Euro erhöht.
 - b) Die Stadt Gießen bietet gleichzeitig der Gesellschafterversammlung von ZAUG an, ihren Anteil von z. Zt. 45 000 Euro am Stammkapital um 185 000 auf 230 000 Euro zu erhöhen, um damit etwas mehr als die Hälfte des Stammkapitals zu haben.
2. Magistrat wendet sich mit einem Schreiben an alle Gesellschafter von ZAUG – das sind die meisten Städte und Gemeinden des Landkreises Gießen - und appelliert an sie, sich stärker sowohl beim Stammkapital der als auch bei den jährlichen Zuschüssen für die ZAUG zu beteiligen.

Begründung:

Bisher hatte der Landkreis mehr als die Hälfte des Stammkapitals und somit auch hauptsächlich die politische Verantwortung für die ZAUG. Bedauerlicherweise zieht der Landkreis sich nun aus der Verantwortung heraus und sucht einen privaten Investor, der einspringen soll. Im Gespräch ist dafür die ‚Lebenshilfe‘, die durch eine Erhöhung des Stammkapitals um 290 000 € mehr als die Hälfte des Stammkapitals (genau 51,7 %) übernehmen soll.

bekommen will. Mit dieser Summe würde die ‚Lebenshilfe‘ die Hälfte eines Unternehmens kaufen, welches nach der Bilanz von 2006 ein Anlagevermögen von 2,4 Millionen Euro aufweist. Schon aus dem Grund, dass hier wieder einmal kommunales Eigentum weit unter seinem Wert ‚verschertelt‘ wird, wendet sich DIE LINKE auch gegen diese Privatisierung. Die ZAUG gGmbH soll vollständig kommunales Eigentum bleiben, aber auch aus dem Grund, dass die politische Verantwortung voll bei den Kommunen bleibt. Denn ZAUG war ein wichtiges Instrument gegen die Arbeitslosigkeit und vergibt immer noch die meisten Ausbildungsplätze.

Nirgendwo im Landkreis Gießen ist die Arbeitslosigkeit so hoch wie in der Stadt Gießen. Die neuesten Zahlen für den Dezember 2007 zeigen dies erneut: während für den gesamten Landkreis die Arbeitslosenquote bei 9,2 % liegt, beträgt sie für Gießen 13,6 %. Deshalb muss sich die Stadt Gießen stärker verantwortlich zeigen, gegen die Arbeitslosigkeit und insbesondere gegen die Jugendarbeitslosigkeit anzugehen. Wenn sich nun der Landkreis bei ZAUG zurückziehen will, beabsichtigen wir mit unserem Antrag, dass die Stadt Gießen an dessen Stelle tritt. Durch die Erhöhung ihres Anteils am Stammkapital um 185 000 Euro würde sie etwas mehr als die Hälfte des Stammkapitals besitzen und damit auch die politische Verantwortung tragen.

Die jährlichen, kommunalen Zuschüsse sind für die ZAUG so wichtig, weil sie Voraussetzung für EU-Finanzmittel sind. Der Landkreis hat seine jährlichen Zuschüsse an ZAUG radikal reduziert und will sie in der Zukunft möglichst ganz einstellen. Das hatte und hat fatale Auswirkungen auf den Bezug von EU-Mitteln. Deshalb beantragen wir, dass die Stadt auch hier einspringt und ihre jährlichen Zuschüsse um 230 000 Euro erhöht.

Michael Janitzki
Fraktionsvorsitzender